

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reißeck, am Dienstag, den 30. Oktober 2012, mit Beginn um 19.00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reißeck.

Anwesend: Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Hans Werner Rindler	Hr. Ing. Michael Gradnitzer
Hr. Fr. Elisabeth Mörtl	Hr. Ulf Berger
Hr. Ing. Johann Paul Unterweger	Hr. Ing. Ronald Meixner
Hr. Ing. Stefan Schupfer	
Hr. Rupert Viehhauser	
Fr. Elke Steinwender	Hr. Thomas Stefan
Hr. Stefan Burger	Fr. Melanie Rindler
	Hr. Christian Bugelnig
	Hr. Christophorus Angermann

Hr. Stefan Gradnitzer

Anwesendes Ersatzmitglied:

Fr. Anni Golger
Hr. Johann Huber
Fr. Dir. Ing. Herma Hartweger
Fr. Stephanie Moser (zu Tagesordnungspunkt 8.)

Entschuldigt abwesend:

Hr. Werner Maier
Hr. Manfred Aichholzer
Hr. Herbert Peitler

Fr. Sigrid Aichholzer, Finanzverwalterin

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist vollständig und beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Ankauf des Postamtsgebäudes;
Annahme der Förderungsvereinbarung des Kärntner Regionalfonds
4. Gewährung eines Investitionszuschusses (Sonder-BZ) an das Autohaus Huber;
Abschluss einer Förderungsvereinbarung
5. Sicherheitsmaßnahmen Bergstraßen - Versetzen von Leitschienen und Brückensanierung;
Genehmigung des Finanzierungsplanes
6. Sanierung Teuchlstraße – 1. Bauabschnitt;
Genehmigung des Finanzierungsplanes
7. BZ-Zusage 2012; Verwendung für Maßnahmen im „Ordentlichen Haushalt“
8. Schilift Raunigwiese: Erneuerung des Tragseils, Liftbetrieb und Pistenpräparierung durch die Gemeinde, Regelung der Beschneidung und der Verpachtung der Schihütte
9. Anschaffung eines neuen Pritschenwagens für den Wirtschaftshof

10. Antrag auf Landesbeihilfe; Notstromaggregat für die FF-Penk (Notstromversorgung Teuchl)
11. Genehmigung des 2. Nachtragsvoranschlags 2012
12. Bestehende Kommunaldarlehen; Erhöhung des Aufschlages auf den Euribor
 - a) Bank Austria
 - b) Hypo
 - c) PSK
13. Bericht über die e5 Zertifizierung

Verlauf der Sitzung

Bürgermeister Kurt Felicetti begrüßt das Kollegium des Gemeinderates, die Mitarbeiter sowie die beachtliche Zahl der anwesenden Zuhörer. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er listet die verhinderten Mitglieder und die anwesenden Ersatzmitglieder namentlich auf und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden die Gemeinderäte Ing. Stefan Schupfer und Ing. Ronald Meixner bestimmt.

Vor Inangriffnahme der nächsten Punkte der Tagesordnung erteilt der Vorsitzende Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer das Wort.

In Ergänzung zur Nennung der Ersatzmitglieder berichtet Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer, dass er für den Punkt 8. „Schilift Raunigwiese“ die gesamte Vorbereitung und Präsentation des Konzepts erarbeitet habe. Als stellvertretender Obmann des SV Penk, der in das Konzept eingebunden werden soll, besteht aber punktuelle Befangenheit. In Abstimmung mit den Bestimmungen der K-AGO und auf Basis der Vorberatung im Gemeindevorstand, ersucht er daher den Gemeinderat, das Konzept umfassend präsentieren zu können, um dann bei der Entscheidung und Abstimmung den Saal zu verlassen.

Der Gemeinderat nimmt diesen als Antrag formulierten Wunsch einstimmig an. Als Vertreterin von Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer für die Entscheidung zu Punkt 8. der Tagesordnung wird dann das Ersatzmitglied Stephanie Moser in die Sitzung eintreten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass der Beschluss zum Ankauf des Postamts mit gleichzeitiger Genehmigung des Finanzierungsplanes bereits in der Sitzung des Gemeinderates am 3. August 2012 erfolgt ist. Wie vorgesehen, soll der Kauf zur Gänze aus Mitteln des Kärntner

Regionalfonds finanziert werden. Es gilt nun, für die Finalisierung des Ankaufes die Förderungsvereinbarung, welche von der Abteilung 3 des Amtes der Kärntner Landesregierung vorgelegt wurde, anzunehmen. Die Vereinbarung wurde der Gemeinde mit Begleitschreiben (Zl.: 03-RegF-95-9/1-2012) übermittelt, liegt dem Gemeinderat vor und wurde vom Gemeindevorstand vorberaten und zur Beschlussfassung empfohlen. Der gesamte Darlehensbetrag von € 137.000,-- wird im heurigen Kalenderjahr bereitgestellt werden und ist in fünf gleich hohen Jahresbeträgen zurückzuzahlen. Es kommt ein jährlicher Zinssatz von 2 Prozent auf den jeweils aushaftenden Darlehensbetrag zur Verrechnung. Die Bedeckung ist – wie bereits im zuletzt beschlossenen Finanzierungsplan dokumentiert – zur Gänze aus Bedarfszuweisungsmitteln vorgesehen.

Der Sachverhalt ist klar und es liegt eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes vor. Eine Diskussion unterbleibt daher.

GR Ing. Johann Paul Unterweger stellt dazu den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung folgen und die vorliegende Förderungsvereinbarung des Kärntner Regionalfonds – mit den bekannten und erläuterten Bedingungen – annehmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister berichtet, dass das Autohaus Huber heuer bekanntlich eine große Investition getätigt hat. Bei der Eröffnung (in Verbindung mit der 30-Jahr-Feier) konnte man das erweiterte Autohaus öffentlich der Bestimmung übergeben. Für die Maßnahme gab es außerdem bereits im Mai eine Zusage von LR Mag. Dobernig, einen Investitionszuschuss in Höhe von € 30.000,-- zu gewähren. Dieser Betrag soll in Form einer Sonder-Bedarfszuweisung in zwei Tranchen 2012 und 2013 mit jeweils € 15.000,-- fließen, ohne den Gemeinde-BZ-Rahmen zu schmälern. Zur Abwicklung ist eine formelle Förderungsvereinbarung zu unterfertigen, um die Auszahlung über die Gemeinde abwickeln zu können. Die Vereinbarung liegt dem Gemeinderat vor. Die Förderung zielt auf die nicht durch sonstige Subventionen unterstützten Bau- und Anlagenteile, welche im Zuge der Betriebserweiterung 2011/2012 errichtet wurden. Von den Investitionskosten in Höhe von € 750.000,-- werden demnach € 720.000,-- aus Eigenmitteln aufgebracht und € 30.000,-- kommen – wie zugesagt – in zwei gleichen Jahrestanchen als Investitionszuschuss in Form der Sonder-BZ. Als Förderungsvoraussetzung wurde festgelegt, dass zumindest 10 Vollzeitkräfte auf einen Zeitraum von 3 Jahren nach Auszahlung der Förderung zu beschäftigen sind.

Der Bürgermeister selbst stellt den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den vorliegenden Förderungsvertrag mit der Autohaus Huber GmbH, Unterkolbnitz 125, 9815 Kolbnitz, abschließen.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister ruft auch zu diesem Punkt in Erinnerung, dass die Beschlussfassung der Vergabe bereits in der Sitzung des Gemeinderates am 3. August 2012 erfolgt war. Nachdem für das einjährige Vorhaben aber BZ-Mittel eingesetzt werden sollen, ist die Beschlussfassung eines Finanzierungsplanes notwendig.

Über Ersuchen des Vorsitzenden erläutert Finanzreferent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler noch einmal den Umfang der Arbeiten (Schwerpunkte Leitschienen Zwenberg sowie Bahnhofstraße Kolbnitz und Brückensanierung Melissniggraben/Mithilfe Verbund im Bereich östliche Ortsausfahrt Kolbnitz und zumindest Materialbeistellung Mitterberg oberhalb des Bahndurchlasses). Die Problembereiche in der Teuchl können überwiegend mit dem Straßenbauprojekt realisiert werden. Die Sanierung der Melissniggrabenbrücke soll nächste Woche vorgenommen werden. Der Bürgermeister merkt noch an, dass das Versetzen des Teilbereiches Mitterberg noch offen ist und mit dem Verbund zu verhandeln sein wird. Die unbefriedigende Ausführung der Leitschienen an der Bahnhofstraße soll im Einvernehmen mit der Lieferfirma Wieser nachgebessert werden. Es kann nicht akzeptiert werden, dass die Fahrbahn derart eingeengt wird.

Über Ersuchen des Vorsitzenden trägt die Finanzverwalterin, Sigrid Aichholzer, den Finanzierungsplan vor. Der gesamte Aufwand von € 25.000,-- für die Sicherungsmaßnahmen an Bergstraßen (Leitschienen und Brückensanierung) soll zur Gänze im Jahr 2012 aus Bedarfszuweisungsmitteln aufgebracht werden.

Von den noch vorhandenen „Freien BZ-Mitteln“ in Höhe von € 57.000,-- würden dadurch € 32.000,-- verbleiben.

Im Zuge der kurzen Beratung stellt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler auf Anfrage von GR Ulf Berger auch klar, dass für die Brückensanierung der gesamte Austausch der Belagshölzer vorgesehen ist und nicht die ursprünglich in Erwägung gezogene „Aufdoppelung“ des alten Belags.

Nachdem der Sachverhalt klar ist und auch vom Gemeindevorstand eine einstimmige Empfehlung abgegeben wurde, stellt Referent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler den Antrag, der Gemeinderat möge dem Finanzierungsplan, wie vorgetragen und von der Finanzverwalterin erläutert, die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat darüber, dass für das bereits im Mai angenommene Finanzierungsmodell für den ersten Bauabschnitt der Teuchlstraße, nunmehr die Beschlussfassung eines Finanzierungsplanes notwendig ist.

Der Straßenbaureferent und Vizebürgermeister Hans Werner Rindler berichtet über die bisher erfolgten Baumaßnahmen (Rohrdurchlässe, Drainagierungen, Neuaufbau der Kurve im Bereich des sog. Buchbachs), welche als Vorbereitung für die Fahrbahnerneuerung bereits heuer realisiert werden konnten. Es konnten 2012 rund € 100.000,-- verbaut werden. Der

Löwenanteil der Umsetzung erfolgt dann 2013, wobei es vorgesehen ist – mit Rücksicht auf Bewohner und Waldbesitzer – erst etwa im Juni des kommenden Jahres die Fahrbahnsanierung zu starten.

Auf Ersuchen des Finanzreferenten trägt die Finanzverwalterin, Sigrid Aichholzer, den Finanzierungsplan vor. Demnach teilt sich der Investitionsaufwand von insgesamt € 500.000,- auf 3 Jahre wie folgt:

	2012	2013	2014
	100.000	337.000	63.000

Die Finanzierung dazu – ebenfalls aufgeteilt auf drei Jahre - stellt sich wie folgt dar:

Regionalfondsdarlehen		250.000	
Kommunale Verkehrs- Infrastrukturmittel	100.000	25.000	
Landesmittel Agrarreferat		62.000	63.000

Der Sachverhalt ist klar, die Finanzierung ist sichergestellt und es liegt auch eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes vor. Daher stellt Referent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler den Antrag, der Gemeinderat möge dem Finanzierungsplan, wie vorgetragen und von der Finanzverwalterin erläutert, die Zustimmung erteilen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister meint, dass es sich bei diesem Punkt vorwiegend um eine Angelegenheit der Finanzverwaltung handelt und ersucht die Finanzverwalterin um ihren Bericht. Sigrid Aichholzer erklärt dazu, dass nach der Beschlussfassung zu Punkt 5. der heutigen Tagesordnung von den zugesicherten Bedarfszuweisungen für 2012 noch € 32.000,- zur Verfügung stehen. Im Einvernehmen mit den Referenten und auch durch bereits erfolgte Weichenstellungen im Gemeinderat sollen diese Mittel im ordentlichen Haushalt – wie folgt – eingesetzt werden:

€ 20.000,-	Pfarrkindergarten Kolbnitz (Dachsanierung, Türen)
€ 12.000,-	Instandhaltung von Gemeindestraßen

Die Veranschlagung ist auch auf diese Weise im heute noch zu beschließenden 2. Nachtragsvoranschlag 2012 vorgesehen.

Es gibt dazu eine kurze Abklärung der Investitionen mit einhelliger Zustimmung zur geplanten Vorgangsweise.

Letztlich stellt Referent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler zu diesem Punkt den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und beschließen, die zugesicherten restlichen freien BZ-Mittel, wie vorgetragen und von der Finanzverwalterin

erläutert, zu verwenden. Konkret soll der Mitteleinsatz im ordentlichen Haushalt – wie nachstehend angeführt – erfolgen:

Für den Pfarrkindergarten Kolbnitz (Dachsanierung, Türen)	€ 20.000,--
Für die Instandhaltung von Gemeindestraßen	€ 12.000,--

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erinnert daran, dass die Gemeinde mittels Ausschreibung einen Betreiber/Pächter für den Schilift und die Hütte finden wollte. Es gab leider nur eine einzige Bewerbung für die Hütte, nicht aber für den Liftbetrieb. Im Wirtschaftsausschuss wurde die Situation ausführlich besprochen und ein Modell erarbeitet, welches zwar nicht die ungeteilte Zustimmung fand, jedoch eine Möglichkeit zur Fortführung des Schilifts Raunigwiese bieten würde. Er ersucht nun Referent Michael Gradnitzer (dessen Berichterstattung ja schon eingangs der Sitzung zugestimmt worden war) um seine Power-Point-Präsentation zum geplanten Betrieb. Der Vizebürgermeister dankt für die eingeräumte Möglichkeit der Berichterstattung. An seine Stelle tritt für die Dauer der Beratung zu diesem Punkt das Ersatzmitglied Stephanie Moser.

Der Referent gibt eine kurze Replik auf die Vorberatungen in zwei Ausschusssitzungen und erinnert an die Notwendigkeit (TÜV-Vorgabe), das Förderseil vor Saisonbeginn zu tauschen. Nach einer Auflistung des Ist-Standes, der Ziele sowie der notwendigen Investitionen (geteilt in Sofortmaßnahmen und künftige Erfordernisse), geht er auf die Eckpunkte des geplanten Betriebes im Detail ein. Es sind dies:

- Investition in ein neues Tragseil und Service des Pistengerätes
- Durchführung des Liftbetriebes durch die Gemeinde mit Saisonarbeitern
- Pistenpräparation und Beschneigung für den Saisonstart durch den SV Penk auf Basis eines Werkvertrages (Aufwand pauschal € 7.000,--)
- Verpachtung der Schihütte an Frau Manuela Kogler ganzjährig zum Nettopreis von € 500,-- (für das Rumpfsjahr bis Juni 2013 ermäßigt auf € 300,-- zuzüglich USt.)
- Anpassung der Kartenpreise

Seine Ermittlungen auf Basis entsprechend guter Schneelage und Betrieb von Weihnachten bis zu den Semesterferien (Betriebszeiten/Nachtschilauflauf wie zuletzt) ergeben einen Saisonabgang von € 11.000,--. Die erforderlichen Investitionen für 2012/13 betragen für Tragseil, Service und Nebenleistungen € 9.000,--.

Für die Kartenpreise schlägt der Referent vor:

	Kinder (6 bis 15)	Erwachsene
Halbtagskarte ab 12.00/Nachtkarte	€ 6,--	€ 9,--
Tageskarte	€ 8,--	€ 12,00
Saisonkarte	€ 70,--	€ 110,--

Familienermäßigung (min. 2 Eltern + 1 Kind o. 1 Elternteil + 2 Kinder):

Halbtagskarte: Minus € 2,--; Tageskarte. Minus € 4,--

Der Referent erläutert die Vertragswerke mit dem SV Penk (Werkvertrag für vorerst eine Saison) und den Pachtvertrag mit Frau Manuela Kogler (auf 5 Jahre mit Ganzjahresbetrieb auf Basis einer eigenen Gastgewerbekonzession). Er erwähnt, dass der prognostizierte Abgang die Fortführung des Betriebes rechtfertigt und stellt dem den Aufwand für einen Bustransport nach Mallnitz gegenüber. Der käme (als Dauerbetrieb) teurer und für den Kolbnitzer Lift wäre das der Todesstoß. Diese Lösung war als Alternative von Vizebürgermeister Hans Werner Rindler ins Spiel gebracht worden, weil etwa auch die Gemeinde Obervellach eine derartige Lösung mit Erfolg seit Jahren praktiziert. Der Referent erwähnt aber auch, dass ein Betriebsende mit erheblichen Kosten für den Rückbau auf der Raunigwiese verbunden wäre und stellt sein Betriebsmodell zur Diskussion.

Der Bürgermeister dankt für die Präsentation und merkt – mit dem Wissen aus seiner Zeit als Referent – an, dass es nicht leicht ist, den Betrieb zu aller Zufriedenheit zu führen. Es handelt sich um ein komplexes Thema und es ist schade, dass sich kein Generalunternehmer für Lift und Hütte finden ließ. Der Ansatz mit der Hütte als Ganzjahresbetrieb gibt Anlass zur Hoffnung, zumal der Stauseebereich als Freizeitgelände für Erholung und sportliche Aktivitäten immer attraktiver wird.

GR Christian Bugelnig erachtet das vorliegende Konzept als gut und erinnert an die Bedeutung der Raunigwiese als Lernhang für Anfänger. Fast alle Kolbnitzer haben hier erstmals die „Bretter“ angeschnallt. Würde man den Lift heuer zusperren, wäre das ein AUS für immer. Deshalb tritt er für die Umsetzung des vorliegenden Konzepts ein und regt zusätzlich auch die Einführung von Saisonkarten an.

GR Ing. Johann Paul Unterweger dankt ebenfalls für die gut vorbereitete Präsentation. Er selbst kennt die IST-Situation seit nunmehr 15 Jahren. An den gleichaltrigen GR Christian Bugelnig gerichtet, meint er, dass sich die Situation erheblich geändert habe. Früher war ein schneeloser Winter die Ausnahme. Im letzten Jahrzehnt sei es aber umgekehrt. Man müsse die Änderung der klimatischen Bedingungen zur Kenntnis nehmen. Und die veraltete Struktur der Anlage macht es kaum möglich, den absolut wichtigen Betrieb ab Weihnachten zu garantieren. Die SPÖ hat in den letzten 3 Jahren immer wieder ein schlüssiges Konzept eingefordert. Ein solches Konzept mit langfristiger Perspektive liegt nicht am Tisch und ist wohl nur mit einem Investitionsvolumen in der Größenordnung von € 100.000,-- wirksam umzusetzen. Er weist auf die fehlenden Grundlagen (Schneekanonen, Wassermenge, Wasserdruck und –temperatur) hin. Das vorliegende Konzept ist eine Notlösung und es fehlt das Fundament für einen vernünftigen und zukunftsweisenden Betrieb. Ein realistisch eingeschätzter jährlicher Abgang von € 25.000,-- ist so – vor allem wenn man die geringe Zahl von Betriebstagen sieht – auf Dauer einfach nicht mehr zu rechtfertigen. Aus den aufgezeigten Gründen kann er der präsentierten Lösung daher nicht zustimmen. Selbst wenn es heute zu einer Mehrheitsentscheidung für den Lift kommen sollte, sei für ihn ein „Ende mit Schrecken“ allemal gescheiter, als ein Schrecken ohne Ende“.

Der Bürgermeister spricht vom prognostizierten Abstimmungsergebnis von einer Hypothese und reduziert die Entscheidung auf die Seilfrage. Wenn man sich entschließt, das Förderseil in der Größenordnung von € 5.000,-- (einschließlich Montage und USt.) nicht zu wechseln, dann sei die Entscheidung eigentlich gefallen.

GR Elke Steinwender gibt GR Ing. Johann Paul Unterweger in allen Punkten recht. Sie hinterfragt bei Vizebürgermeister Ing. Gradnitzer nochmals die nicht ganz klare Vorgangsweise hinsichtlich der Zweitbeschneidung im letzten Winter, die eigentlich gegen den Gemeinderatsbe-

schluss erfolgt war. Das stellt der Referent in Abrede, weil es sich um keine zweite „Komplettbeschneidung“ gehandelt habe.

GR Ulf Berger erklärt, dass schon sehr viel diskutiert wurde und man den Argumenten von GR Ing. Johann Paul Unterweger durchaus etwas abgewinnen kann. Er verweist aber auf eine Aussage von GV Herbert Peitler, dass man bemüht sein sollte, solche Grundsatzentscheidungen wie die Liftschließung, möglichst einstimmig zu fassen. Hier wäre eventuell sogar eine Volksbefragung angebracht.

Vizebürgermeister Hans Werner Rindler klärt auf, dass GV Herbert Peitler (der wie Vizebürgermeister Ing. Gradnitzer führender Funktionär beim SV Penk ist), den Wunsch geäußert hatte, wenn er zu diesem Punkt vertreten werden muss, gleich eine Vertretung für die gesamte Sitzung zu entsenden. GV Peitler war ja die letzten Jahre Betreiber der Anlage und wollte nicht länger im Schussfeld der Kritik stehen. Als Finanzreferent sieht der Vizebürgermeister die Gemeinde als „Betrieb“, der sozial ausgewogen sein sollte und sehr wohl überlegen muss, wie er die vorhandenen Mittel einsetzt. Für ihn sei es fast fahrlässig beim Liftbetrieb, wie in der jüngsten Vergangenheit, einfach weiter zu wursteln und Jahr für Jahr erhebliche Summen „hineinzubuttern“. Die Prognose des Referenten sei seiner Meinung nach sehr optimistisch ausgelegt. Selbst mit guter Kunstschneeunterlage kann – infolge der klimatischen Veränderung – niemand einen durchgehenden Saisonbetrieb garantieren. Er bedauert, dass die bereits länger im Raum stehende Zusammenarbeit mit Mühldorf nicht möglich ist und tritt dafür ein, den Lift „so“ nicht aufzusperren. Es sei schmerzlich, aber es gibt Ersatzlösungen für die Jugend und man müsse sich vor Augen halten: „Die Jugend wandert nicht ab, weil wir keinen Lift mehr haben“.

GR Thomas Stefan gibt Vizebürgermeister Hans-Werner Rindler recht, dass die SPÖ den Lift in den letzten Jahren kritisch beurteilt und Konzepte verlangt hat. Er erinnert aber auch daran, dass die FLR immer gesagt hat, der Gemeinderat sollte keine Plattform für Parteipolitik sein und vertritt die Auffassung, dass die Gemeindevertretung – zum Wohle der Kinder – an einem Strang ziehen sollte. Den Lift jetzt zu schließen ist der schlechteste Weg: „Zu ist zu!“ An die Adresse des Referenten gerichtet, meint er überdies, dass die Präsentation sehr gut war, es fehlt ihm aber die Leidenschaft. Es sei zu spät, im Oktober erst die Entscheidung anzubahnen. Allerdings anerkennt er, dass der Werkvertrag mit dem SV Penk für die Gemeinde weit besser wäre, als jener mit HPV. Im Zusammenhang damit entzündet sich auch die Frage der Bewertung des Personals.

Zum Thema Leidenschaft erklärt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer, dass die Entscheidung heuer logischer Weise verzögert zustande gekommen ist, weil durch die Wahl die Zuständigkeiten erst zur Jahresmitte neu geregelt wurden. Das neue Modell mit dem SV Penk sei wohl überlegt und vor allem ist dabei die Worst-Case-Situation deutlich besser für die Gemeinde. Er sieht die „familienfreundliche Gemeinde“ gefordert, eine Entscheidung für die Kinder und Familien zu treffen.

Diese letzten Wortmeldungen veranlassen das Ersatzmitglied Dir. Ing. Herma Hartweger zu der Feststellung, dass es unfair sei, Herbert Peitler anzugreifen und ihm keine Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, während der ebenfalls befangene Referent sehr wohl Stellung beziehen könne. Für sie kann es keine „partielle Befangenheit“ geben.

Danach ersucht der Bürgermeister Referent Ing. Michael Gradnitzer den Saal für die Beschlussfassung zu verlassen. Nachdem dies geschehen ist, stellt GR Ulf Berger den Antrag,

den Liftbetrieb mit den eingangs vorgetragenen Eckpunkten – wie unten aufgelistet – zu beschließen:

- *Investition in ein neues Tragseil und Service des Pistengerätes*
- *Durchführung des Liftbetriebes durch die Gemeinde mit Saisonarbeitern*
- *Pistenpräparation und Beschneigung für den Saisonstart durch den SV Penk auf Basis eines Werkvertrages (Aufwand pauschal € 7.000,--)*
- *Verpachtung der Schihütte an Frau Manuela Kogler ganzjährig zum Nettopreis von € 500,-- (für das Rumpffahr bis Juni 2013 ermäßigt auf € 300,-- zuzüglich USt.)*
- *Anpassung der Kartenpreise*

Geplanter Saisonabgang von € 11.000,--. Die erforderlichen Investitionen für 2012/13 betragen (im Haushalt geplant) € 9.000,--.

Festlegung der Kartenpreise 2012/13:

	<i>Kinder (6 bis 15)</i>	<i>Erwachsene</i>
<i>Halbtagskarte ab 12.00/Nachtkarte</i>	<i>€ 6,--</i>	<i>€ 9,--</i>
<i>Tageskarte</i>	<i>€ 8,--</i>	<i>€ 12,00</i>
<i>Saisonkarte</i>	<i>€ 70,--</i>	<i>€ 110,--</i>

Familienermäßigung (min. 2 Eltern + 1 Kind o. 1 Elternteil + 2 Kinder):

Halbtagskarte: Minus € 2,--; Tageskarte. Minus € 4,--

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag mit 11 gegen 8 Stimmen an.

Die Gegenstimmen kommen geschlossen von den Mandataren der FLR-Fraktion.

Nach Erledigung dieses Tagesordnungspunktes tritt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer an Stelle des Ersatzmitgliedes Stephanie Moser wieder ins Kollegium des Gemeinderates ein.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister berichtet, dass bekanntlich für den alten Kia-Pritschenwagen ein Pickerl nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand zu erlangen wäre. Man hat sich deshalb in Abstimmung mit dem Wirtschaftshof und unter Einbindung des Wirtschaftsausschusses zu einer beschränkten Neuausschreibung entschieden. Im Anforderungsprofil, welches erarbeitet wurde, waren als wichtige Kriterien aufgelistet: Allradantrieb, ausreichend große Ladefläche, Nähe der Werkstatt. Aufgrund der eingelangten Angebote, welche auch vom Wirtschaftsausschuss geprüft wurden, ist als Bestbieter die Fa. Staber, Obervellach mit einer VW-Pritsche XL TDI 4-Motion, 2-türig und 140 PS hervorgegangen. Der Bruttopreis beträgt € 33.026,40. Dahinter rangieren die Angebote der Firma Pacher, Obervellach (Ford-Pritsche/Allrad mit 125 PS um € 34.384,00) und der Firma Teissl & Sohn, Villach (Mercedes-Benz-Sprinter/Allrad mit 129 PS um € 42.300,--). Nachdem das Pickerl bereits mit Anfang November abläuft und die VW-Pritsche erst im Jänner geliefert werden kann, müsste es für 2 Monate ein Ersatzfahrzeug geben. Die Fa. Staber würde ein solches KFZ (VW-Amarok) bis zur Lieferung kostengünstig beistellen.

In der Diskussion erläutert GR Ing. Johann Paul Unterweger die vom Bürgermeister angerissene Situation, die Erstellung des Anforderungsprofils in Abstimmung mit den Bedürfnissen des Wirtschaftshofes und die nachfolgende Beratung im Wirtschaftsausschuss im Detail.

Die einstimmige Empfehlung wurde letztlich für den Bestbieter abgegeben, das ist die Fa. Staber, Obervellach mit einer VW-Pritsche XL TDI 4-Motion, 2-türig und 140 PS zum genannten Bruttopreis von € 33.026,40. Er berichtet weiters, dass die Zahlungsmodalitäten auch ausführlich beraten worden waren und es bei Finanzierung über die Porsche-Bank noch einen Bonus gäbe. Betrachtet man aber die Voraussetzungen samt Zinsbelastung für eine mehrjährige Finanzierung genau, so wäre wohl die Barzahlung (unter Nutzung des Jubiläumsbonus bei Bestellung bis Ende Oktober) die beste Lösung. Nachdem die Zahlung aber erst bei Auslieferung des Fahrzeuges im Jänner erfolgen wird, kann die Gemeinde dann – abhängig vom zu erwartenden Rechnungsergebnis 2012 – die Zahlungsmodalität kurzfristig entscheiden. Er erwähnt auch, dass der örtliche Betrieb, Autohaus Huber, deshalb nicht zur Offertlegung eingeladen wurde, weil dessen Vertragsfirmen Mazda und Hyundai derzeit leider keinen Pritschenwagen mit Allradantrieb im Lieferprogramm haben.

Nachdem der Bürgermeister noch erwähnt hat, dass von der Fa. Staber für die alte Kia-Pritsche ein Eintauschwert von € 700,- vergütet wird, ist die Beratung zu diesem Punkt beendet.

GR und Ausschussobmann Ing. Johann Paul Unterweger stellt daher den Antrag, der Gemeinderat möge den Empfehlungen von Wirtschaftsausschuss und Gemeindevorstand folgen und beschließen, für den Wirtschaftshof bei der Fa. Staber aus Obervellach die angebotene VW-Pritsche XL TDI 4-Motion, 2-türig mit 140 PS, zum Bruttopreis von € 33.026,40 anzukaufen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erklärt, dass Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer vor der Wahl die Versorgung der Teuchler Sirenen- und Mobilfunkanlage mit einem Notstromaggregat in sein Programm aufgenommen und auch die Weichenstellung dafür getroffen hatte. Er ersucht den Vizebürgermeister um seinen Bericht dazu. Dieser erklärt, dass es ein allgemein wichtiges Anliegen darstellt, die Versorgung der Ortschaft Teuchl bei Stromausfall sicherzustellen, weil in der derzeitigen Situation in dem abgelegenen Seitental tatsächlich weder die Sirenenanlage noch die Mobiltelefone funktionieren. Im Vorfeld der Bürgermeisterwahl wurde ihm vom damaligen Referenten, LHStv. DI Uwe Scheuch, eine Direktförderung in Höhe von € 7.500,- zugesichert. Diese Zusicherung erfolgte auf Basis eines Offerts der Fa. Elektro Messner. In einem nachfolgenden Gespräch mit dem Sachbearbeiter beim Land konnte aufgeklärt werden, dass es klug wäre, kein Standard-Notstromaggregat zu verwenden, sondern unbedingt ein Gerät, welches sich bei Stromausfall selbst in Betrieb setzt. Die Kosten dafür betragen (ebenfalls laut Offert der Fa. Elektro Messner) € 10.080,-. Geht man davon aus, dass der Feuerwehr-Landesverband derartige Investitionen mit € 2.400,- unterstützt und berücksichtigt man die zugesagte Förderung des früheren Landeshauptmannstellvertreters vom 30. März 2012 in Höhe von € 7.500,- (zu der auch der Nachfolger steht), so bleibt für die Gemeinde ein effektiver Finanzierungsaufwand von wenigen € 100,-.

Anfang Oktober wurde daher von der Gemeinde – noch auf Basis des ersten Offerts (für das Standardaggregat) ein Förderungsantrag beim Landesfeuerwehrverband eingebracht. Dieser Antrag wurde mit dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates noch mit dem ur-

sprünglichen Investitionsvolumen von € 8.200,-- (Basis Standardgerät ohne Selbststarter) gestellt.

In der Beratung werden die Vorgangsweise und erfolgte Einbringung des Förderungsantrages einhellig gutgeheißen. Der Bürgermeister meint, dass man auf diese Weise – mit äußerst geringem Aufwand für die Gemeinde – für die Sicherheit der Teuchler Bevölkerung eine wirk-same Verbesserung erzielen kann. Es gibt daher auch eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes zu dieser Vorgangsweise.

Nach Abschluss der Beratung stellt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer den Antrag, der Gemeinderat möge die Anschaffung des Notstromaggregats unter den gegebenen Umständen gutheißen und die bereits erfolgte Einbringung des Förderungsantrages beim Landesfeuer-wehrverband nachträglich billigen. Der Gemeindeanteil an den Kosten ist sichergestellt.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt dem Finanzreferenten, Vizebürgermeister Hans Werner Rindler, das Wort. Dieser erklärt, dass sich einerseits die Kommunalsteuer sehr gut entwickelt hat und andererseits die in den letzten Sitzungen und auch in der heutigen Sitzung gefassten Be-schlüsse nur wirksam umgesetzt werden können, wenn die Bedeckung im Voranschlag ent-sprechend vorgesehen ist. Der Entwurf mit einer übersichtlichen Darstellung der Änderungen liegt dem Gemeinderat vor. Der Voranschlag erfährt mit den vorgesehenen Änderungen im ordentlichen Haushalt in Einnahmen und Ausgaben eine Erweiterung auf nunmehr insgesamt € 4,247.300,--. (Die Abweichung gegenüber dem Erstentwurf ist bedingt durch eine Buchungs-korrektur.). Im AO-Haushalt bleibt das Haushaltsvolumen mit einer Höhe von jeweils € 602.100,-- in Einnahmen und Ausgaben unverändert.

Die Veränderungen sind in der Gemeinderatsvorlage übersichtlich dargestellt und werden von der Finanzverwalterin schlüssig erläutert. Alle vorgesehenen Maßnahmen finden ungeteilte Zustimmung.

Vizebürgermeister Hans Werner Rindler stellt nach Ende der Beratung den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den zweiten Nachtragsvoranschlag 2012 wie vorgelegt und erläutert genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Eine Ausfertigung der Gemeinderatsvorlage ist dem Original dieses Sitzungsprotokolles als Beilage angeschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, dass die laufenden Darlehens-finanzierungen für die Investitionen am Kanal- und Wasserbausektor, welche mit variablen Zinssätzen und Bindung an den Euribor erfolgt sind, nicht länger halten. Die Banken haben

eine Erhöhung der Aufschläge angekündigt. Es stellt aber die weit bessere und günstigere Lösung dar, diese Vorgangsweise zu akzeptieren, als eine Neuausschreibung der Darlehen (zu deutlich schlechteren Konditionen) vorzunehmen. Auch der Wasserverband Lurnfeld-Reißeck hat sich für die aushaftenden Darlehen in der letzten Vorstandssitzung zu dieser Vorgangsweise entschlossen.

Die Finanzverwalterin informiert mit konkreten Zahlen und Fakten, wie dies bereits zuvor im Wirtschaftsausschuss und im Gemeindevorstand erfolgt ist. Wie sie ausführt, wurde es schon im Frühjahr bekannt, dass eine Erhöhung der Euribor-Aufschläge ins Haus steht. Aufgrund der schon seit einigen Jahren anhaltenden Lage auf dem nationalen sowie auf den internationalen Finanzmärkten und der erfolgten Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken, machen diese vom Recht der Zinsanpassung auf bestehende Darlehensverträge Gebrauch. Unter Mithilfe des Gemeindebundes ist es gelungen, die Erhöhung des Aufschlages auf den Euribor bei der Bank Austria zumindest bis zum 1. 1. 2013 hinauszuschieben.

Für die Aufschlagerhöhung ist nach Rücksprache beim Gemeinderevisor ein Gemeinderatsbeschluss notwendig. Die Gemeindeabteilung hat Kenntnis von der Entwicklung und akzeptiert diese Änderungen. Die Gemeinde muss sich aber mittels Gemeinderatsbeschluss dazu entscheiden, die Erhöhungen der Aufschläge zu akzeptieren und damit von einer Neuausschreibung abzusehen. Es kann aus derzeitiger Situation davon ausgegangen werden, dass bei einer Neuausschreibung Aufschläge zwischen 1,25 und 1,30 %-Punkte zu erwarten sind. Darlehen, welche nach 2008 aufgenommen wurden, waren von den Konditionen bereits deutlich schlechter als die aktuell betroffenen Verträge und wurden durchwegs mit Aufschlägen im Bereich von 0,85 bis 1,15 %-Punkte angeboten.

Wie vom Bürgermeister angedeutet, haben daher die Statutarstädte, zahlreiche Gemeinden und Wasser-/Abwasserverbände die Vertragsänderungen bereits akzeptiert und den in Rede stehenden Erhöhungen zugestimmt.

Konkret ist die Gemeinde von Erhöhungen der Aufschläge auf drei laufende Darlehen bei drei Bankinstituten – wie folgt – betroffen:

- | | |
|-----------------|--------------------------|
| a) Bank Austria | von 0,08 auf 0,50 Punkte |
| b) Hypobank | von 0,08 auf 0,80 Punkte |
| c) PSK | von 0,29 auf 0,75 Punkte |

Der Bürgermeister selbst stellt dazu den Antrag, der vorliegenden einstimmigen Empfehlung des Gemeindevorstandes zu folgen und die Erhöhung der Aufschläge auf bestehende Darlehen, wie von der Finanzverwalterin umfassend erläutert, zu akzeptieren.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer als zuständigem Referenten das Wort. Dieser berichtet, dass spätestens alle drei Jahre ein Audit für die am e5-Programm teilnehmenden Gemeinden vorzunehmen ist. Für Reißeck ist das heuer der Fall und es gab mehrere Besprechungen und abschließend eine Bereisung und Bewertung mit einer neutralen Auditorin und unserem Betreuer Günther Sickl. Reißeck wird erfreulicher Weise das dritte e erhalten, was vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen ist:

- Moderne und sparsame Straßenbeleuchtung (führend in Kärnten)
- Einarbeitung der Umweltziele ins ÖEK
- Vorbildliche Infoarbeit mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen (Thermografie)
- Generalsanierung des Amtsgebäudes
- Ausbau der Ortsdurchfahrt Kolbnitz mit Fahrrad- und Fußgängerweg

Die Auszeichnungsveranstaltung wird am 21. November 2012 in Hermagor stattfinden und der Referent lädt bereits heute zur Teilnahme ein. Es sollte zumindest eine Abordnung von Gemeindevertretern und e5-Teammitgliedern in der Größenordnung von 6 bis 8 Personen teilnehmen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dankt der Bürgermeister fürs Erscheinen, für die faire Diskussion und die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 21.21 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:



Der Schriftführer:



Der Bürgermeister:



11